

Deutscher Städte- und Gemeindebund | Marienstr. 6 | 12207 Berlin

Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e. V.
Roland Ermer
Präsident
Dr. Friedemann Berg
Hauptgeschäftsführer
Neustädtische Kirchstraße 7a

10117 Berlin

Per E-Mail: zv@baeckerhandwerk.de

Kommunale Verpackungssteuern
Ihr Schreiben vom 15.05.2026

Sehr geehrter Herr Ermer,
sehr geehrter Herr Dr. Berg,

auch im Namen unseres Hauptgeschäftsführer, Herrn Dr. Berghegger,
bedanke ich mich für Ihr Schreiben vom 15.05.2026.

Seitens des Deutschen Städte- und Gemeindebundes wissen wir um die hohe Relevanz der Bäckereibetriebe in unseren Kommunen. Auch für uns gilt, das lokale Handwerk und örtliche Betriebe bestmöglich zu unterstützen und in Ihrem Bestand zu stärken.

Die von Ihnen formulierten Bedenken hinsichtlich der Einführung von kommunalen Verpackungssteuern können wir daher grundsätzlich nachvollziehen. Allerdings ist hier eine differenzierte Betrachtung erforderlich: Nach unserer Einschätzung wird die mögliche Einführung von Verpackungssteuern aktuell vorwiegend in einzelnen Großstädten und nicht flächig in allen Städten und Gemeinden diskutiert. Der DStGB vertritt – über seine Mitgliedsverbände – vorwiegend kleine und mittlere Kommunen.

Hinzu kommt, dass die Einführung einer solchen Steuer regelmäßig mit einem erheblichen administrativen Aufwand verbunden ist. Hierauf haben wir unsere Mitglieder stets hingewiesen und mithin die flächige Einführung von Verpackungssteuern keinesfalls empfohlen.

Für jede Kommune bleibt es am Ende immer eine Frage der individuellen Bewertung, ob eine Verpackungssteuer vor Ort als sinnvoll erachtet wird. Hierbei sollten stets die Auswirkungen auf betroffene Betriebe und das Handwerk mitbedacht werden.

Berlin, 22.05.2026

**Deutscher Städte-
und Gemeindebund**

Bernd Düsterdiek

Beigeordneter

Städtebau, Vergabe, Umwelt-
und Klimaschutz

Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon: 030-77307-114

bernd.duesterdiek@dstgb.de

Der DStGB hält es im Übrigen für relevant, dass ganzheitliche lokale Abfallvermeidungskonzepte verstärkt umgesetzt werden und Bund und Länder mit Maßnahmen wie etwa dem Einwegkunststofffonds und der Förderung von Mehrwegsystemen weitere Anreize setzen, um die Abfallmengen in Deutschland zu reduzieren.

Gemeinsames Ziel sollte es mit Blick auf „Wilden Müll“ und die anfallenden Abfallmengen in unseren Kommunen sein, dass „Mehrweg vor Einweg“ zukünftig noch stärker in den Alltag integriert wird.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Düsterdiek